

Die besten Plätze werden früh vergeben

Trainingsflüge mit dem A380 am Baden-Airport

Von unserem Redaktionsmitglied
Bernd Kamleitner

Rheinmünster-Söllingen. Einmal als Chef-Pilot im Cockpit des neuen Lufthansa-Flaggschiffs A380 sitzen – nicht nur für Wolf-Dieter Ebersbach wäre das „das Allergrößte“. Doch der Traum wird ein Traum bleiben. An Stelle des ehemaligen TV-Moderators, Fluglehrers und Pressesprechers des Baden-Airport werden am Montag vielmehr acht Langstreckenpiloten der Kranich-Linie jeweils mindestens vier Trainingsflüge auf dem Super-Airbus absolvieren – und dem Regionalflughafen möglicherweise einen ähnlichen Andrang bescheren wie bei der letzten Landung der Concorde am 24. Juni 2003: Damals bejubelten rund 20 000 Menschen die Ankunft des ausgemusterten Überschallfliegers, der inzwischen im Technik-Museum in Sinsheim ausgestellt ist.

Die Trainingsstarts und -landungen (siehe Kasten „A380 am Baden-Airport“) sind Voraussetzung für die A380-Fluglizenz der Piloten, die bislang mit dem A340 unterwegs waren, ein Jet mit ähnlicher Technik. Passagiere

dürfen bei den Trainingseinheiten nicht an Bord sein, erläutert Bettina Rittberger von der Lufthansa-Pressestelle. Überhaupt werden Interessierte das größte Passagierflugzeug der Welt nur aus der Distanz betrachten können. Was Airport-Sprecher Ebersbach auch einige Sorgen bereitet: Wer sich rund um den Regionalflughafen positioniert, um einen Blick auf den A380 aus der bestmöglichen Perspektive zu erhaschen, sollte „bitte nicht auf Spargelfeldern herumtrampeln“. Die besten Kiebitz-Plätze dürften ohnehin in der Nähe des Zauns sein, der den Sicherheitsbereich des Flughafens umgibt. Zum Beispiel im Norden – also von Hülsheim kommend – an der Straße zum Golfplatz, die für Autos gesperrt sein wird. Fußgänger und Radfahrer dürfen sich dort aber aufhalten. Bevorzugter Aussichtspunkt ist in diesem Bereich auch ein Hügel nahe dem Tanklager. Da die Meteorologen für Montag weder Aschewolken noch Unwetter vorhersagen, dürfte der Riesenjet zur Landung jeweils von Norden einschweben.

Für die beste Sicht müssen die A380-Fans wohl früh aufstehen. „Mindestens eine Stunde“ vor dem ersten Anflug um 8.30 Uhr will etwa Sven Albert vor Ort sein. Der Hobbyfotograf aus Bühlertal hat schon an die 50 000 Aufnahmen von Fliegern geschossen. Um die Trainingsrunden des A380 im Bild festzuhalten, nimmt er sich am Montag extra einen Tag Urlaub. Wer sich an diesem Tag rund um den Airport ungewöhnlich fortbewegen will, kann sich zu einer Tour mit einem Elektroroller anmelden. Die Besonderheit: Das Gefährt wird mit Körperbewegung gelenkt. Infos gibt es unter www.city-seg.de.



IM ANFLUG: Am Montag landet und startet der A380 auf dem Baden-Airport. Weitere Trainingsflüge sind am 4. Juni in Mittelbaden.

Foto: Lufthansa

Start- und Landemanöver mit dem neuen Super-Airbus



UMGEBEN VON KNÖPFEN, Schaltern und Displays Lufthansa-Chefpilot Jürgen Rapp im Cockpit des Großraumjets A380. Foto: Gabarini

A380 am Baden-Airport

Flugzeiten: Der Super-Airbus wird am Montag ab 8.30 Uhr zu Starts und Landungen am Baden-Airport erwartet. Die erste Trainingseinheit geht bis gegen 11.30 Uhr. Nach einer Stunde Pause soll es von 12.30 bis etwa 15 Uhr mit den Trainingsflügen weitergehen. Am Freitag, 4. Juni, wird von 8.30 bis etwa 12 Uhr geflogen.

Parken: Im Sektor A des Baden-Airpark gibt es am Montag kostenlose Parkplätze für die A-380-Fans. Die Parkmöglichkeiten sind ausgeschildert.

Wetter: Am Montag wird es um Rheinmünster-Söllingen bewölkt und immer wieder fällt etwas Regen. Die Temperaturen werden zwischen 11 und 18 Grad liegen, sagt Dominik Jung vom Wetterdienst Q.met. Aus südwestlicher Richtung soll ein leichter Wind wehen.



EIN BLICK INS INNERE: In der Economy Class hat der A380 insgesamt 420 Plätze. Foto: Proepper

Stichwort

Lufthansa A380

Der A380 ist das Flaggschiff der Kranich-Linie. Der Super-Airbus bietet in der Lufthansa-Variante 526 Plätze. In der First Class (acht Plätze) kann der Sitz zu einem vollwertigen Bett ausgefahren werden. In dieser Kategorie kostet das Ticket etwa zehnmal so viel wie in der Economy Class (420 Sitze). Die Business Class hat 98 Plätze. Je nach Bestuhlung kann der A 380 bis zu 800 Passagiere befördern.

Der rund 300 Millionen Euro teure Jet mit seinen vier Rolls-Royce-Triebwerken und einer Spannweite von 79,8 Metern kann 15 400 Kilometer ohne Zwischenlandung zurücklegen. Für das 21-köpfige Kabinenpersonal gibt es im Untergeschoss zehn Schlafkabinen.

Zitate

„Wenn die Hälfte der Klassenkameraden nicht eingezogen wird, dann empfinden die jungen Männer das als große Ungerechtigkeit.“

Caritas-Chef Bernhard Appel über Wehrgerechtigkeit

„Vor lauter Gerechtigkeit blickt man schon gar nicht mehr durch, was gerecht ist und was ungerecht.“

Jörg Biermann, Geschäftsführer des DRK-Kreisverbands Karlsruhe

„Der Zivildienst ist inzwischen ein brüchiges Fundament, auf dem man allenfalls Zelte aufbauen kann, aber keinesfalls Häuser.“

Achim Heinrichs vom Diakonischen Werk Baden

Große Verunsicherung bei Zivildienstleistenden

Podiumsdiskussion der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik im Karlsruher Regierungspräsidium

Von unserer Mitarbeiterin
Swantje Huse

Karlsruhe. Ein kontroverses Thema hatte die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik Karlsruhe und Ortenau (GW) auf dem Programm: „Die Verkürzung des Wehrdienstes und ihre Auswirkungen auf den Zivildienst“ lautete der Titel der Podiumsdiskussion im Regierungspräsidium. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und Familienministerin Kristina Schröder hatten den Gesetzesentwurf zur Verkürzung von neun auf sechs Monate erst kürzlich vorgestellt.

„Es handelt sich hierbei um eine komplexe Themenstellung, geradezu zwei Seiten einer Medaille. Wir werden uns daher heute ausschließlich dem Zivildienst widmen“, erklärte Moderator Rudolf Horsch (GW). Christine Bachenberg vom Bundesamt für Zivildienst in Köln erläuterte den Gesetzesentwurf, der zum 1.

Dezember in Kraft treten soll. „Das bedeutet, dass alle Zivildienstleistenden, die bis dahin sechs Monate oder mehr abgeleistet haben, entlassen werden“, so Bachenberg. „Dieser Einschnitt am Jahresende wird eine relativ große Lücke hinterlassen.“ Daher sei die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung um drei bis sechs Monate vorgesehen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Patrick Meinhardt bezeichnete den Kompromiss zwischen CDU/CSU und FDP als „tragfähig“ und notwendig, um die Wehrgerechtigkeit zu erhalten. Er machte aber keinen Hehl um die Ziele der eigenen Partei: Die Aussetzung des Wehr- und damit auch des Zivildienstes und damit einhergehend die Aufstellung einer Berufsarmee auf der einen und die Stärkung der Freiwilligendienste auf der anderen Seite. Ein

„Lob für diese Ehrlichkeit“ sprach Jörg Biermann, Geschäftsführer des Kreisverbands Karlsruhe des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Meinhardt aus. „Wenn dies der Einstieg in den Ausstieg ist, muss ich das auch deutlich sagen.“ Eine Verkürzung möge zwar gerecht sein, hindere die Menschen aber nicht daran, alt und pflegebedürftig zu werden. „Wir brauchen daher einen sozialen Dienst, der für alle, Mädchen wie Jungen, Pflicht ist und das leistet, was bisher Wehrdienst und Zivildienst geleistet haben“, forderte Biermann.

So weit wollte Achim Heinrichs vom Diakonischen Werk Baden nicht gehen, stimmte der Notwendigkeit des Ausbaus der Freiwilligendienste aber zu: „Im Haushalt ist nur vorgesehen, dass ein Drittel der Zivildienstleistenden um maximal vier Monate verlängern kann. Für

mehr gibt es schlichtweg kein Geld.“ Er berate die Einrichtungen des Diakonischen Werks daher bereits seit langem, sich wegen der mangelnden Planungssicherheit nicht in Abhängigkeit zu Zivildienstleistenden zu begeben.

Die große Herausforderung sei nicht nur, die Attraktivität des Wehrersatzdienstes für die Dienststellen zu erhalten, sondern auch für die Zivis, betonte Thomas Seyfarth vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg. Bei ihm seien in diesem Jahr nur halb so viele Anfragen auf Zivildienststellen eingegangen wie in den Vorjahren. „Das liegt eindeutig an der Verunsicherung“, ist sich Seyfarth sicher. Sein Kollege Monsignore Bernhard Appel, Direktor des Caritasverbands Freiburg, teilt diese Befürchtung: „Der verkürzte Zivildienst bedeutet, dass die schnelle Einarbeitung wichtiger wird als die Möglichkeit zum Aufbau von Beziehungen zu den Menschen.“

„Wir brauchen einen sozialen Dienst für Mädchen und Jungen“

Vater von Tim K. muss vor Gericht

Stuttgart (dpa/lsw). Der Prozess gegen den Vater des Amokläufers von Winnenden wird am 16. September vor dem Landgericht Stuttgart beginnen. Dies bestätigte eine Gerichtssprecherin. Der 17 Jahre alte Tim K. hatte mit der Pistole seines Vaters am 11. März 2009 an seiner ehemaligen Realschule in Winnenden und bei seiner Flucht nach Wendlingen 15 Menschen und sich selbst erschossen.

Der Vater des Amokläufers von Winnenden hatte die Tatwaffe unverschlossen im Schlafzimmer aufbewahrt. Die Anklage wirft ihm deshalb fahrlässige Tötung in 15 Fällen, fahrlässige Körperverletzung in 13 Fällen und Verstoß gegen das Waffengesetz vor.

Die 3. Jugendkammer hatte die Anklage zwar zugelassen, sie sah aber die Vorwürfe fahrlässige Tötung und Körperverletzung nicht als gegeben an. Dies hatte bei den Angehörigen der Opfer große Enttäuschung ausgelöst. Denn damit drohten dem Vater des Amokläufers nicht mehr fünf Jahre Haft, sondern höchstens ein Jahr. Das Verfahren wurde der 18. großen Strafkammer übertragen, die im Verlauf des Verfahrens und der Beweisaufnahme auch zu einer anderen Bewertung kommen kann.

Auch die Ermittler waren sich in dieser Frage lange Zeit nicht einig. Nach monatelangem Tauziehen wollten die Staatsanwälte den Fall eigentlich mit einem Strafbefehl beenden, weil sie ähnliche Zweifel hegten wie jetzt das Landgericht. Dagegen hatte aber im November 2009 der Stuttgarter Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger interveniert.



Das Wahrzeichen der Stadt Breisach, das romanisch-gotische Stephansmünster, wird seit dem Jahr 2005 außen saniert. Mit den Arbeiten an den beiden Türmen geht die Maßnahme in ihre letzte Phase. Foto: Haid

Stolz will bundesweite Kondom-Pflicht für Freier

Initiative zur stärkeren Reglementierung von Bordellen

Von unserem Redaktionsmitglied
Wolfgang Voigt

Stuttgart. Die Landesregierung will Bordellbetreiber an die kurze Leine legen: Um die Benutzung von Kondomen soll in den Etablissements künftig kein Weg mehr vorbei führen, außerdem setzt Sozialministerin Monika Stolz (CDU) auf eine staatliche Genehmigungspflicht für Rotlichtbetriebe. „Nach der berechtigten Empörung um Flatrate-Bordelle besteht rechtlicher Handlungsbedarf“, erklärte die Ministerin.

Über den Bundesrat will sie sich dafür einsetzen, dass die Behörden zunächst grünes Licht geben müssen, bevor die Rote Laterne leuchtet. „Wer ein Bordell eröffnen will, kann dies bisher ohne Genehmigung tun“, bedauert Sozialministerin Stolz. Künftig will sie die Zuverlässigkeit der Betreiber überprüfen. Befristete Genehmigungen oder Auflagen sollen dann ausgesprochen werden können. Flatrate-Angebote mit Pauschalpreisen wie in Heidelberg und Fellbach, sollen von Anfang an unterbunden werden. Mit einer Roten Karte müssen auch Puff-Unternehmer rechnen, die beispielsweise wegen Menschenhandels, Urkundenfälschung oder dem Einschleusen von Ausländern rechtskräftig verurteilt wurden.

Nach seriösen Schätzungen von Nichtregierungs-Organisationen gehen in Deutschland etwa 400 000 Personen, zumeist Frauen, der Prostitution nach. Ihre Sex-Dienstleistungen nehmen den Schätzungen zufolge täglich mehr als eine Million Männer in Anspruch. Solange sich die Prostitution in der unregulierten Grauzone abspiele, regiere dort die Macht der Stärkeren, der Zuhälter, Menschenhändler und Geschäftemacher, sagte die Sozialministerin. Dies könne man nicht dulden. Die bestehenden Grundlagen für Polizei und Ordnungsbehörden reichen eindeutig nicht aus.

Seit dem Erlass des Prostitutionsgesetzes von 2002 verstößt die Sex-Arbeit formal nicht mehr gegen die guten Sitten, so dass Prostituierte ihren Lohn grundsätzlich einklagen können. Das Gewerbe sei aber nach wie vor mit Risiken und Gefahren vor allem für die Frauen verbunden. Oft seien sie wegen starker wirtschaftlicher Abhängigkeit von Zuhältern und Bordell-Chefs nicht in der Lage, Mindeststandards bei Arbeits-, Sozialversicherungs- und Gesundheitsschutz einzufordern und durchzusetzen, meint die Ministerin. Die Grünen forderten Gratis-Gesundheits-Checks für Prostituierte. Das Land sei schließlich auch Vorreiter bei der Besteuerung der Frauen gewesen.

Seit 2002 ist Sex-Arbeit nicht mehr sittenwidrig